

Global Europe konkret Newsletter: Nr. 2, Dezember 2007

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde und Freundinnen,

auch in der zweiten Ausgabe des Newsletters „**Global Europe konkret**“ möchte **WEED** sie über die Umsetzung der **neuen EU-Handelsstrategie „Global Europe“** informieren und die konkreten Verhandlungsprozesse mit Schwellen- und Entwicklungsländern aus entwicklungspolitischer Sicht bewerten.

Sie können den **Global Europe konkret** Newsletter unter www.weed-online.org/globaleurope/ abonnieren. Falls Sie den Newsletter nicht weiter beziehen möchten, senden Sie bitte eine kurze Email an globaleurope@weed-online.org. Wir werden Sie dann umgehend aus dem Verteiler löschen.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre, ruhige Feiertage und ein erfolgreiches und handelspolitisch kritisches Neues Jahr,

das Global Europe konkret - Team

Inhaltsübersicht:

1. [Meldungen](#)
2. [Aus den Regionen](#)
3. [Publikationen](#)
4. [Terminhinweise](#)
5. [Impressum](#)

1. Meldungen

China überflügelt die EU in Afrika

Der afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) zufolge beliefen sich im Jahr 2006 die chinesischen Investitionen in Afrika auf 11,7 Milliarden US\$, während das bilaterale Handelsvolumen im gleichen Jahr bei 55,5 Milliarden US\$ lag, was einem Anstieg von 40% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Europa ist zwar immer noch Afrikas größter Handelspartner – alleine im Jahr 2006 entsprach das Handelsvolumen Deutschlands und Frankreichs mit afrikanischen Staaten 53 Milliarden US\$, aber China holt schnell auf. Der Ressourcen hunger des Reiches der Mitte ist ungebremst: ein Drittel der chinesischen Rohölimporte stammt mittlerweile aus Afrika, mit Angola unangefochten an der Spitze der Exporteure. Zudem leistet China unbürokratisch Hilfe: ob beim Ausbau der Infrastruktur, billigen Konsumgütern, kostengünstige Kredite oder dem Abbau von Zöllen. Gleichzeitig sehen sich lokale Unternehmen, Geschäfte und der Arbeitsmarkt einer bislang beispiellosen Konkurrenz ausgesetzt. Schätzungen zufolge leben und arbeiten derzeit 750.000 chinesische ArbeitsmigrantInnen in Afrika. (Ganzer Artikel: [China outwits the EU in Africa](#)).

2. Aus den Regionen

- [EU - Indien](#)
- [EU - Südkorea](#)
- [EU - ASEAN](#)
- [Kooperation EU-China](#)
- [EU - AKP-Staaten \(EPAs\)](#)
- [EU – Mercosur](#)
- [EU - Andenstaaten](#)
- [EU - Golfkooperationsrat](#)
- [EU - Mittelmeerpartnerschaft](#)

EU - Indien:

Seit der zweiten Verhandlungsrunde des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Indien Anfang Oktober beansprucht Indien, dass im Bereich der Güterliberalisierung eine asymmetrische Regelung gefunden wird. Die EU jedoch beharrt auf einem Bekenntnis Indiens zur Reziprozität. Beide Staaten wollen über die Marke von 90% Handelsliberalisierung in sieben Jahren hinaus. Am 10. Dezember ist man in Brüssel in die dritte Verhandlungsrunde eingetreten. Im Bereich der Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungsmarktes ist Indien weder grundsätzlich noch politisch dazu bereit sich zu engagieren. Die indische Seite will auf die Veröffentlichung einer Studie der UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) warten, deren erste Ergebnisse einen weiteren Verlust der sozialen Sicherung in Indien befürchten, würde Indien seinen öffentlichen Beschaffungsmarkt liberalisieren. In Bezug auf die Durchsetzung der Rechte auf geistiges Eigentum (IPRs), der Indien lange Zeit kritisch gegenüberstand, hat sich die indische Sichtweise geändert. Indien beginnt die Möglichkeiten der IPRs für die eigenen Produzenten zu entdecken. Trotzdem dürfte es sich als schwierig erweisen, die IPRs in Indien vollständig und effektiv durchzusetzen. Der Bericht der EU Kommission zu der zweiten EU – Indien FTA Verhandlungsrunde konstatiert zusammenfassend einen "business-like forward-looking approach on both sides" (European Commission, Directorate-General for Trade, Ref.426/07).). Bezeichnend dabei ist, dass eine konkrete Diskussion zum Thema nachhaltige Entwicklung auf die nächste Verhandlungsrunde verschoben wurde. Auch auf dem EU – Indien Gipfel am 30.11.'07 wurde beidseitig betont, dass man bemüht sei, die Verhandlungen des Freihandelsabkommens voranzutreiben, um sie Ende 2008 abschließen zu können (Ganzer Artikel: [India heading towards free trade agreement with EU](#)). Von Seiten der deutschen Regierung wird das FTA ebenfalls forciert. Ende Oktober bemerkte Kanzlerin Merkel bei einem Treffen mit dem indischen Wirtschaftsminister Kamal Nath, dass Deutschland großes Verständnis für die spezifischen Schwierigkeiten Indiens habe und die Vorschläge Indiens innerhalb der FTA Verhandlungen keinesfalls blockieren würde. Diese Aussage impliziert allerdings auch, dass von der deutschen Regierung kein Einsatz zu erwarten ist, wenn es darum geht, Standards in Bezug auf Menschen-, Arbeits- und Frauenrechte in das Freihandelsabkommen zu integrieren.

Zum Weiterlesen

- [Europe and indispensable India](#), Rede von Peter Mandelson
- [Economic growth without social justice](#), Christa Wichterich, WIDE (siehe Publikationen!)

EU - Südkorea:

Die Verhandlungen des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Südkorea befindet sich bereits in einem fortgeschrittenen Stadium. Die EU wirft Südkorea vor, seine Importzölle nicht im selben Maße reduzieren zu wollen, wie die EU selbst dies vorhat. Die Angebote zur Verminderung der Zölle sehen folgendermaßen aus: Die EU will die Zölle auf 80 % der

südkoreanischen Produkte innerhalb von drei Jahren abschaffen, Südkorea seine Zölle auf 68% der EU Produkte (Ganzer Artikel [EU says SKorea must...](#)). Die Abschaffung der nicht tarifären Handelshemmnisse im Bereich der Automobilbranche hat sich in der 3ten und 4ten Verhandlungsphase als „most sensitive and difficult issue of this negotiation“ herausgestellt (European Commission, Directorate-General for Trade: Ref 400/07, S.2), da die Automobilbranche sowohl für die EU als auch Südkorea ein wichtiger Exportsektor ist. Die EU besteht weiterhin darauf, dass Korea der EU den gleichen Marktzugang im Bereich des Waren- und Dienstleistungshandels gewährt wie den USA. Im Bericht des europäischen Handelsdirektoriums zur vierten Verhandlungsrunde zwischen der EU und Südkorea heißt es dazu: „The market access offers for trade in goods, and for services and establishment, must be brought to a level comparable to what Korea has offered the US. Without this it would not be possible to enter into real negotiations“ (European Commission, Directorate-General for Trade, Ref 454/07, S.3). Die fünfte Runde der Verhandlungen fand vom 19. bis zum 23.11 in Brüssel statt. Ein abschließender Bericht liegt der Öffentlichkeit jedoch noch nicht vor.

EU – ASEAN:

Die Verhandlungen über das Freihandelsabkommens zwischen der EU und den südostasiatischen Staaten gehen nur schleppend voran. Im Zuge des 13. ASEAN Gipfels in Singapur Ende November wurde jedoch betont, dass die Verhandlungen intensiviert werden sollen. Derweil ist in Thailand die neue Verfassung in Kraft getreten, in der vorgesehen ist, dass die Regierung nicht ohne Zustimmung des Parlaments über internationale Handelsabkommen entscheiden darf. Der Vorsitzende des thailändischen Handelsministeriums, Pramon Sutivong, befürchtet, dass dadurch die Verhandlungen über das EU-ASEAN FTA unnötig verkompliziert werden könnten. Diese neue Gesetzeslage bietet jedoch eine Chance für die thailändischen Zivilgesellschaft und Bevölkerung, mehr Einfluss beim Abschluss des Freihandelsabkommens geltend zu machen (Ganzer Artikel [Asean-EU FTA talks](#)).

Die EU setzt derweil auf bilaterale Gespräche mit Vietnam, dessen Marktwirtschaft in den letzten Jahren rasant gewachsen ist. Da das Abkommen mit ASEAN noch einige Zeit auf sich warten lassen wird, strebt die EU erstmal eine vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Vietnam als Vorbereitung für ein späteres Freihandelsabkommen mit allen ASEAN Staaten an (Ganzer Artikel [EU, Vietnam launch talks on new bilateral pact](#)).

Zum Weiterlesen:

- [Global Europe and ASEAN: Impacts of the EU's competitiveness strategy on southeast Asia](#), Joseph Purrugganan, Focus on the Global South, September 2007

Kooperation EU – China:

Auf dem EU – China Gipfel Ende November in Peking forderte die europäische Union China auf, sich weiter um die Aufwertung der chinesischen Währung Yuan zu bemühen. Der schwache Yuan sei Mitschuld am immensen Handelsbilanzdefizit der EU gegenüber China, was sich im Jahre 2006 auf 128 Mrd. Euro belief und dieses Jahr vermutlich bis zu 170 Mrd. betragen wird. Europa wirft China vor, durch ihre Währungspolitik, die noch immer eine Bindung des Yuan an den Dollarkurs beinhaltet, die chinesische Währung künstlich niedrig zu halten und dadurch indirekt die einheimische Exportwirtschaft zu subventionieren. Auch in den Bereichen Marktzugang und Schutz geistiger Eigentumsrechte forderte EU-Handelskommissar Peter Mandelson konkrete Zugeständnisse Chinas und drohte mit Klagen bei der WTO (Artikel: [Der europäisch-chinesische «Honeymoon» ist vorbei](#)). Unabhängige Beobachter des EU – China Gipfels konstatieren einstimmig den jetzt auch öffentlich schärfer gewordenen Ton der EU gegenüber China (Ganzer Artikel [Schluss mit der Schonzeit](#)).

Zum Weiterlesen:

- [Growing trade, shared challenges](#), Rede von Peter Mandelson, 27.11.07
- [Competition, the EU-China Trade Race and its Gender Implications](#), Christa Wichterich, WIDE, February 2007 (siehe Publikationen!)

EU – AKP-Staaten: EPAs (Economic Partnership Agreements)

Die Verhandlungen der so genannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) zwischen der EU und den afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern (AKP-Staaten) befinden sich zu Zeit in einer kritischen Phase, denn als Deadline zum Abschluss der Abkommen ist das Jahresende 2007 vorgesehen. Da derzeit die meisten AKP-Staaten keine umfassenden EPAs abschließen können, drängt die EU als Übergangslösung auf so genannte Interimabkommen, die nur den Handel mit Gütern liberalisieren. Auf dem EU-Ratstreffen am 20.12.2007 verabschieden die EU-Mitgliedsstaaten zudem eine Verordnung, die den Marktzugang für Exporte aus den AKP-Staaten in die Europäische Union (EU) ab 1. Januar 2008 regelt. Diese Verordnung umfasst 15 karibische Staaten, die ein vollständiges Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (kurz EPA) vereinbart haben, ebenso wie diejenigen Staaten, die einem Interimsabkommen zugestimmt haben - derzeit alle fünf Mitglieder der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC), Simbabwe, die Seychellen, Lesotho, Swasiland, Botswana, Mauritius, Papua Neuguinea und Fidschi. Für zehn AKP-Länder, die bisher kein Abkommen mit der EU abgeschlossen haben, wird die EU ihre Einfuhrzölle ab Januar drastisch erhöhen. Dazu gehören Nigeria, Gabun, Republik Kongo und sieben pazifische Inselstaaten.

Vertreter von entwicklungspolitischen Organisationen befürchten, dass sich diese Interimabkommen von der vorgesehenen „epa light“ zu einer „epa tight“ Vereinbarung entwickeln könnte, da der Fokus der Interimsabkommen auf ehrgeiziger Handelsliberalisierung und nicht dem Entwicklungsbereich liegt (vgl. Oxfam-Übersicht). In einem offenen Brief an die deutsche Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul fordert daher das formlose deutsche Bündnis EPA2007 (www.epa2007.de), die Interimabkommen dürften keine Verpflichtungen zur Verhandlung der Singapur Themen (Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen und Handelserleichterungen) enthalten, da diese Chancen für eine entwicklungsfreundliche Politik in den weiteren Verhandlungen versperren würden.

Trotz massiver Proteste afrikanischer Regierungschefs während des [EU-Afrika-Gipfels](#) Anfang Dezember in Lissabon hat sich die EU bisher im Wesentlichen mit ihren Marktzugangsforderungen durchgesetzt. Zudem verpflichten die Interim-Abkommen die AKP-Staaten zu Weiterverhandlungen über die strittigen so genannten Singapur-Themen, weitere Dienstleistungsliberalisierungen sowie einem stärkeren Schutz geistiger Eigentumsrechte - im Falle der SADC-Region sogar dazu, innerhalb von drei Jahren ein umfassendes Dienstleistungsabkommen abzuschließen, das alle wesentlichen Bereiche abdecken muss. Die EU und ihren Mitgliedstaaten haben damit aktiv zu einem Scherbenhaufen regionaler Desintegration beigetragen, anstatt den Cotonou-Grundsätzen nachhaltiger Entwicklung und regionaler Integration gerecht zu werden.

Zum Weiterlesen:

- [EPA-Verhandlungen in der Endphase: Interimabkommen dürfen Entwicklungschancen nicht versperren](#), offener Brief des EPA 2007 Bündnisses an die deutsche Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, 05.12.2007
- [Oxfam International Concerns With Initialled 'Interim EPA' Texts](#). Übersicht über den Inhalt der Interim-Abkommen, 7.12.2007.
- ["Love is blind"?](#), Francesco Rampa, ECDPM
- [Trade Negotiations Insights](#), monatliche Verhandlungs-Updates von ECDPM und ICTSD zu EPAs

- [EPA-Studien zu speziellen Produkten und Schutzmaßnahmen von Brot für die Welt und EED](#) (siehe unter Publikationen!)

Zivilgesellschaftliches Engagement:

- [Fauler Kompromiss mit Afrika - StopEPA-Kampagne kritisiert EU-Freihandelsabkommen mit Afrika](#). Pressemitteilung am 20.12.2007
- [Towards Peoples Alternatives in Africa and Europe](#) - Stellungnahme von Africa Europe Alternatives, Lissabon, 7.-9. Dezember 2007

EU – Mercosur:

Die EU und der gemeinsame Markt des Südens (Mercosur) haben Mitte Dezember beschlossen ihre seit 2005 auf Eis gelegten Verhandlungen über ein umfangreiches Freihandelsabkommen wieder aufzunehmen. Dem gemeinsamen Markt des Südens gehören als Vollmitglieder Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay an, Venezuela befindet sich im Aufnahmeprozess. Als assoziierte Staaten gelten Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Chile. Mit Ausnahme von Chile bilden diese Länder jedoch als Gemeinschaft der Andenstaaten (CAN) eine eigene Verhandlungsgruppe gegenüber der EU. Offenbar sollen die Verhandlungen zwischen der EU und dem Mercosur, die aufgrund von Unstimmigkeiten in Bezug auf Handelsrestriktionen für Agrarprodukte eingefroren worden waren, im May 2008 weitergeführt werden (Ganzer Artikel: [EU wants to reopen free trade negotiations with Mercosur](#)).

EU – Andenstaaten (CAN): Ende September fand in Bogota im Rahmen der ersten Verhandlungsrunde des Assoziationsabkommens zwischen den Andenstaaten (CAN) und der EU ein Meeting der Gruppe Handel statt. Es wurde betont, dass das Assoziationsabkommen drei Säulen beinhalten soll: politischer Dialog, Kooperation und Handel. Die tatsächlichen Verhandlungstexte bleiben weiterhin geheim, allerdings „was agreed that the suitable mechanisms to inform parliaments and civil society on the state of negotiations should be put in place.“ (European Commission, Directorate-General for Trade: Ref. 415/07, S.3). Des weiteren sind Untergruppe zu den Themen „asymmetries“ and „special and different treatment“ gebildet worden. Trotz den laufenden Verhandlungen des Assoziationsabkommens hat Ecuador unilateral seine Einfuhrzölle erhöht. Betroffen sind vor allem Produkte aus der EU, China, Panama und den USA. Ein Sprecher des ecuadorianischen Exporteurs-Verbandes befürchtet, dass diese Politik zu Stagnation innerhalb der Verhandlungen des EU-CAN Freihandelsabkommen führen könnte. Kolumbien und Peru hingegen haben ihre Zölle gesenkt (Ganzer Artikel: [Ecuador Exporters Warn...](#)). Die nächste Verhandlungsrunde fand vom 10-14 Dezember in Brüssel statt, bei Redaktionsschluss lagen jedoch noch keine weiteren Informationen über Verhandlungsergebnisse vor.

EU – Golfkooperationsrat:

Anfang Dezember sind erneut Gespräche zwischen Unterhändlern der GCC Ländern und dem EU Handelskommissar Peter Mandelson in Doha (Katar) geführt worden. Allerdings ist es bei den Gesprächen nicht gelungen, bestehende Hindernisse des Freihandelsabkommens zwischen der EU und den Golfstaaten aus dem Weg zu räumen. Bei dem mittlerweile fast 20 Jahre andauernden Verhandlungsprozess um das EU-Golf FTA ist also immer noch kein Ende in Sicht (Ganzer Artikel: [EU, GCC fail to end free trade obstacles](#)).

EU – Mittelmeerpартnerschaft:

Auf der 6ten EuroMed Konferenz der Handelsminister der europäischen und mediterranen Staaten Ende Oktober ist erneut betont worden, dass das erklärte Ziel der EU –

Mittelmeerpartnerschaft ist, bis zum Jahre 2010 eine Euro-mediterrane Freihandelszone einzurichten. Die dahingehenden Bemühungen sollen weiter ausgebaut werden. Um die Handelsbeziehungen zwischen Europa und dem Mittelmeerraum voranzutreiben, ist die EU deshalb nun bestrebt, bilaterale Verhandlungen in Bezug auf Dienstleistungsliberalisierungen mit einzelnen Mittelmeerstaaten zu führen. EU-Handelskommissar Peter Mandelson ließ verlauten, dass Ägypten, Marokko und Israel dementsprechenden Gesprächen bereits zugestimmt hätten (Ganzer Artikel: [EU, Mediterranean nations renew commitment...](#)). Protest gegen die Politik der EU regte sich derweil auf Seiten des zivilgesellschaftlichen Netzwerks Friends of the Earth MedNet und anderen Nichtregierungsorganisationen der Region. In einem offenen Protestbrief an EU Handelskommissar Peter Mandelson weisen sie vor allem auf die negativen sozialen Auswirkungen eines euro-mediterranen Freihandelsabkommens hin. Sie stützten sich dabei auf Ergebnisse einer Studie der Manchester University, die zeigt, dass vor allem der jetzt schon arme Teil der Bevölkerung in den Mittelmeerstaaten unter den Folgen einer Freihandelszone – wie z. B. Arbeitsplatzabbau, damit einhergehenden Lohnsenkungen und Preisschwankungen bei den Grundnahrungsmitteln – zu leiden hätte (Ganzer Artikel [Mandelson ignoring Mediterranean poverty warning](#)).

Zum Weiterlesen:

- [Remarks in the debate on the future of the EuroMed process](#), Rede von Peter Mandelson, 27.11.07
- [Concerning: the negative impacts of free trade in the EuroMediterranean area](#), Protestbrief von Friends of the Earth MedNet u.a
- [Sustainability Impact Assessment of the Euro-Mediterranean Free Trade Area](#), Studie der University of Manchester
[Executive Summary](#)

3. Publikationen

I. Economic growth without social justice: EU-India trade negotiations and their implications for social development and gender justice, Christa Wichterich, WIDE, November 2007



This paper attempts to place the EU-India FTA negotiations in their historical and topical context, and questions the coherence between the development aid agenda on the one hand, and the trade and investment agenda on the other. Does it still hold true what the European Commission stated in 1996 aiming at enhancing the EU-India partnership: "The European Union firmly believes that social development must be a parallel objective to economic development"? Exploring the main interests behind the FTA on both sides, the paper asks whether considerations regarding social inclusion, poverty eradication, and gender equality are informing trade policy-making. It looks at trade liberalisation and the FTA procedures through the prism of social justice and human development. Since bilateral trade negotiations are held in great secrecy, the paper wishes to provide civil society actors in the EU and India with background information and to build their capacity to engage critically in policy-making on trade and development and in transregional networking. *This WIDE publication can be ordered for free by contacting WIDE secretariat.*

Or it can be downloaded: [click here for electronic copy](#)

II. Competition, the EU-China Trade Race and its Gender Implications', Christa Wichterich, WIDE, February 2007



Against the backdrop of China's economic transformation and the re-invention of gender inequalities in the "socialist" market economy, this paper explores the gender implications of the Chinese trade race and the EU's push for further rapid liberalisation by focussing on the trade-labour and the trade-equality nexus. *This WIDE briefing paper can be ordered for 4 Euros per issue, which excludes costs for sending, by contacting WIDE secretariat.*

Or it can be downloaded: [click here for electronic copy](#)

III. EPAs: Wie kann die kleinbäuerliche Landwirtschaft vor den Folgen der Liberalisierung geschützt werden?

Um die Frage der Schutzmechanismen für die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die bereits im Rahmen der Doha-Runde der WTO diskutiert wird, im Kontext der EPA-Verhandlungen zu beantworten, haben EED und Brot für die Welt zwei Expertisen beim renommierten South Center in Genf in Auftrag gegeben. Konkret geht es dabei um den Speziellen Schutzmechanismus und die Frage von der Special/Sensitive Products (SP/SeP). Das Ziel der Studien bestand auftragsgemäß darin, einen direkten Beitrag für die Verhandlungen zu leisten. Insofern bezog sich der Auftrag an das South Center nicht darauf, die Probleme der kleinbäuerlichen Landwirtschaft im Allgemeinen zu beschreiben, sondern in einem Spezialgutachten Hinweise für Verhandler und andere Experten zu erarbeiten, wie ein Schutz kleinbäuerlicher Produktion (verstanden als Ausnahme von den allgemeinen Liberalisierungsverpflichtungen) und damit ein wichtiger Beitrag zur Armutsbekämpfung rechtlich umgesetzt und im spezifischen Kontext der EPA-Verträge wirksam verankert werden kann.

Aufgrund ihres spezifischen Charakters stehen beide Studien nur in Englisch zur Verfügung. Die daraus abgeleiteten Forderungen von Brot für die Welt und EED wurden ins Deutsche übersetzt.

Spezielle Produkte in den Agrarverhandlungen im Rahmen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) zwischen den AKP-Staaten und der Europäischen Union, Luisa E. Bernal und Luisa Rodriguez für Brot für die Welt und EED, Oktober 2007

Spezielle Schutzmaßnahmen in der Landwirtschaft im Rahmen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) zwischen den AKP-Staaten und der Europäischen Union, Luisa E. Bernal für Brot für die Welt und EED, Oktober 2007

Beide Studien als Pdf-Download [auf der Seite des EED](#).

IV. „Global Europe“ - Der liberale Imperialismus der EU

Elmar Altvater / Birgit Mahnkopf, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Ausgabe 12/2007, S.1471-1486.



Von Seattle über Cancún bis Heiligendamm – die erfolgreichen Proteste der globalisierungskritischen Bewegung wurden zu Recht gefeiert. Doch das war gestern. Heute markieren das wiederholte Scheitern der WTO Verhandlungen und der Machtverlust von IWF und Weltbank zugleich den Beginn einer neuen Ära in den globalen Handelsbeziehungen zwischen den tonangebenden Ländern der Triade und den Ländern des Südens...

Kann [hier](#) bestellt/abonniert werden!

V. „Nach dem Stocken der Doha-Runde ist der Hydra der neoliberalen Globalisierung ein neuer Kopf gewachsen – die „Global Europe Strategie“ der EU-Kommission steht für den Ausbau der Macht europäischer Konzerne

Christine Wicht, in: NachDenkSeiten – Die kritische Website, [Beitrag Nr. 2839](#), 20.12.2007.

VI. Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäische Union in der globalisierten Welt, Elmar Altvater / Birgit Mahnkopf, Münster: Westfälisches Dampfboot, Oktober 2007, ISBN: 978-3-89691-652-5.



Die Europäischen Institutionen haben in den vergangenen Jahren die Politik der Privatisierung forciert. Angela Merkel hatte angekündigt, dass während der deutschen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union im ersten Halbjahr 2007 die Fortführung der Lissabon-Strategie zentrales Anliegen sein sollte: Die EU soll 2010 die "wettbewerbsstärkste" Region der Welt sein. Europa will dem Empire, dessen Zentrum die USA sind, Konkurrenz machen.

Vor diesem Hintergrund sind überzeugende, einsichtige Analysen der Verhältnisse, unter denen wir in Europa leben und arbeiten, und die Erarbeitung von attraktiven Alternativen zur neoliberalen Ellbogengesellschaft unerlässlich. Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf loten hierfür aus, welche Handlungspotentiale die verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Akteure haben, um formelle Arbeitsplätze zu schaffen, die Erhaltung der Umwelt zu gestalten, oder um öffentliche Räume und Dienstleistungen gegen die überhand nehmenden Privatisierungstendenzen zu verteidigen und zurückzuerobern. Abschließend diskutieren die Autoren zwei gegensätzliche Modelle Europas: ein neoliberales Modell Europa der imperialistischen Konkurrenz zu den USA und ein Modell Europa in einer sozialen und demokratischen Welt.

4. Terminhinweise

9. Januar 2008, 19:00, Berlin: Die EU eine imperiale Großmacht? Reihe Europäische Union und Europa in der Welt

Diskussion mit Prof. Dr. Elmar Altvater und Kurt Neumann (Moderation). [Helle Panke](#), Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin. Tel: 030 47538724, Fax: 030 47538775

WEED informiert auf den Sonderseiten „Global Europe konkret“ im Internet unter www.weed-online.org/globaleurope über die neue handels- und investitionspolitische Strategie ‚Global Europe‘ der EU und ihre bilateralen Freihandelsabkommen.

Redaktionsanschrift: WEED; Torstr. 154; D-10115 Berlin; Tel.: +49 - (0)30 - 275 82 163; Fax: +49 - (0)30 - 275 96 928; e-mail globaleurope@weed-online.org. Für Hinweise auf Neuerscheinungen und Publikationen sind wir dankbar.

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Der Inhalt dieses Newsletters gibt ausschließlich die Meinung von WEED wieder, er spiegelt nicht die Meinung der InWEnt gGmbH oder des BMZ.

Vertretungsberechtigter Vorstand: Dr. Markus Krajewski (Vorsitzender), Doris Peschke (Schatzmeisterin); Registergericht: Amtsgericht Hamburg, Registernummer: VR 13218; Umsatzsteuer-Identifikationsnummer: DE 153224353 gemäß § 27 a Umsatzsteuergesetz; Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV; V.i.S.d.P.: Dr. Klaus Schilder sowie Peter Fuchs (für beide Anschrift wie oben).

Gefördert von der InWEnt gGmbH aus Mitteln des BMZ